

Erklärung der DirektkandidatInnen im Wahlkreis 17 Staßfurt zur Landtagswahl am 20. März 2011

Uns, die Kandidatinnen und Kandidaten der demokratischen Parteien, eint der Wille, unsere Gesellschaft auf der Grundlage eines demokratischen Wertekonsenses mitzugestalten. Das Fundament unseres politischen Handelns besteht dabei in der Anerkennung der unveräußerlichen Menschenrechte.

Aber auch in unserem Land gibt es Menschen, die sich durch die demokratischen Parteien nicht mehr vertreten sehen und bei denen die Formen politischer Entscheidungsfindung auf Misstrauen treffen.

Zugleich verfestigen sich gesellschaftliche Tendenzen, die auf Ausgrenzung von Menschen setzen. Fremdenfeindlichkeit, Rassismus, Antisemitismus und andere Formen der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit wirken in der Gesellschaft. Zunehmend werden Menschen nach ihrem ökonomischen Nutzen beurteilt, ihre unveräußerliche Würde wird negiert.

Die Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD) tritt in Sachsen-Anhalt zur Wahl an und strebt in den Landtag. Die neonazistische NPD will Öffentlichkeit für ihre menschenverachtenden Positionen, sie plant die Abschaffung der Demokratie und setzt auf einen undemokratischen Führerstaat, der sich nicht an den universalen Menschenrechten, sondern an der Volksgemeinschaft orientiert.

Als Demokraten mit unterschiedlichen politischen Beheimatungen erfüllt uns diese Situation mit großer Sorge. Wir treten zur Landtagswahl am 20. März 2011 als Kandidaten an, weil wir mit unterschiedlichen Konzepten und Ideen um eine gute Zukunft für unser Land und alle hier lebenden Menschen ringen. Wir streiten dabei um gute Wege und wissen, dass niemand für sich allein behaupten kann, DIE Lösung für die Herausforderungen der Zukunft unseres Landes zu besitzen, sondern gute Kompromisse erarbeitet werden müssen.

Wir sind uns einig, dass wir die Demokratie bewahren sowie die Menschenrechte schützen wollen. Wir wissen, Demokratie ist kein Geschenk, das uns ohne eigenen Aufwand erhalten bleibt. Uns ist klar, dass sie täglich neu errungen, gestaltet und verändert werden muss.

Wir setzen uns für ein weltoffenes und tolerantes Sachsen-Anhalt ein. Das ist die Grundvoraussetzung für eine weitere erfolgreiche demokratische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung unseres Landes.

Wir begrüßen deshalb bürgerschaftliches Engagement für die Stärkung der demokratischen Zivilgesellschaft und sind der Auffassung, dass Parteien die die parlamentarische Demokratie ablehnen eine Gefahr für unsere Gesellschaft darstellen.

Wir sehen mit großer Sorge das Auftreten extremistischer Parteien in Sachsen-Anhalt, sie nutzen die Errungenschaften der parlamentarischen Demokratie, um gegen sie aktiv zu werden.

Wir unterstützen daher alle Bestrebungen, auf die Gefahren extremistischer Parteien aufmerksam zu machen und sie zurück zu drängen.

Deshalb erklären wir:

Die NPD kann als neonazistische Partei, die die Demokratie abschaffen will, kein gleichberechtigter Partner in der politischen Auseinandersetzung sein. Das Programm der NPD ist rassistisch, antisemitisch und antidemokratisch. Die Partei will die (parlamentarische) Demokratie abschaffen, ihre Kader rechtfertigen Gewalt gegen politische GegnerInnen. Im Wahlkampf heißt das für uns:

- Wir werden keine gemeinsamen Veranstaltungen mit der NPD durchführen oder gemeinsam mit der NPD auf Veranstaltungen von Dritten auftreten.
- Wir werden uns konsequent mit den Politikangeboten der NPD auseinandersetzen und ihren menschen- und demokratiefeindlichen Positionen widersprechen.
- Wo sich die NPD und ihre Kader als ‚Wolf im Schafspelz‘ zeigen und ihre Positionen hinter einer Fassade der Bürgerlichkeit zu tarnen suchen, werden wir diese offenlegen. Das setzt die eigene Beschäftigung mit der Partei, ihren Positionen und ihrem Personal voraus. Unser Wahlkampf wird durch harten, aber fairen Streit untereinander geprägt sein. Wir ringen um die besten Konzepte, und wir befinden uns im Wettstreit um die Unterstützung unserer Ideen durch die Bürgerinnen und Bürger.

Die Grundlage unseres Wahlkampfes sind Demokratie und Menschenrechte. Deshalb erklären wir weiterhin:

- Wir werden die Demokratie und die Menschenrechte im Wahlkampf offensiv verteidigen.
- Wir sehen unseren Auftrag auch darin, unsere Politik verständlich zu erklären und die Bürgerinnen und Bürger für politische Prozesse zu gewinnen.
- Wir werden unsere politischen Auseinandersetzungen nicht auf dem Rücken von Minderheiten und denjenigen austragen, die in der Gesellschaft marginalisiert und an den Rand gedrängt werden.
- Wir werden im Wahlkampf diejenigen stärken, denen Neonazis nach dem Leben trachten, weil sie von ihnen als GegnerInnen oder potenzielle Opfer betrachtet werden.

Staußfurt den 03. Februar 2011,

BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN

Herr Roman Binder

Christlich Demokratische Union

Herr Peter Rotter (MdB)

DIE LINKE

Herr Ralf-Peter Schmidt

Sozialdemokratische Partei Deutschlands Herr Niko Zenker